

SOZIALE ARBEIT UND INTEGRATIONSPOLITIK IN DER SCHWEIZ

Professionelle Positionsbestimmungen

Esteban Piñeiro
Stefanie Kurt
Eva Mey
Peter Streckeisen [Hrsg.]

Diese Publikation wurde vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unterstützt. Die Herausgeber:innen bedanken sich bei den folgenden Institutionen für die Unterstützung des Buches:

Hochschule für Soziale Arbeit FHNW, Institut Sozialplanung,
Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung,
Hochschule und Höhere Fachschule für Soziale Arbeit HES-SO Valais/Wallis,
Institut für Soziale Arbeit,
ZHAW Departement Soziale Arbeit, Institut für Vielfalt und
Gesellschaftliche Teilhabe sowie
Nationaler Forschungsschwerpunkt «nccr – on the move»

n|w Fachhochschule Nordwestschweiz
Hochschule für Soziale Arbeit

Hes·so VALAIS
WALLIS

& Haute Ecole et Ecole Supérieure de Travail Social
Hochschule und Höhere Fachschule für Soziale Arbeit



nccr →
on the move

Der Seismo Verlag wird vom Bundesamt für Kultur für die Jahre 2021-2024 unterstützt.

Publiziert von
Seismo Verlag, Sozialwissenschaften und Gesellschaftsfragen AG
Zürich und Genf
www.seismoverlag.ch | buch@seismoverlag.ch

Text © die Autor:innen 2023

ISBN 978-3-03777-278-2 (Print)
ISBN 978-3-03777-886-9 (PDF)
ISSN 2813-7728 (Print)
ISSN 2813-7736 (Online)
<https://doi.org/10.33058/seismo.30886>

Umschlag: Claudia Ndebele, Vevey

Schrift: Simplon und Suisse Works von Swiss Typefaces



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons
Namensnennung – nicht kommerziell – keine Bearbeitungen
4.0 international Lizenz

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Soziale Arbeit und Integrationspolitik in der Schweiz. Professionelle Positionsbestimmungen Esteban Piñeiro, Stefanie Kurt, Eva Mey und Peter Streckeisen	9
Teil 1 Grundlegungen zur Schweizer Integrationspolitik	25
Soziale Arbeit als reflexive Integrationsarbeit Esteban Piñeiro	27
Integration im Migrationsrecht – eine Übersicht Stefanie Kurt	41
Das institutionelle Arrangement der Integrationspolitik in der Schweiz Eva Mey	55
Teil 2 Aktuelle Forschungsperspektiven	71
Migrationsforschung als Grundlage von Sozialer Arbeit: Kritik etablierter Ansätze und Ausblick auf reflexive Perspektiven Marina Richter	73
Ethnizität als Konstruktion und die Ethnisierung sozialer Probleme Peter Streckeisen	85
Von der nationalen Staatsbürger:innenschaft zu Urban Citizenship in postmigrantischen Verhältnissen Garabet Gül	101
Die Rolle des Staates: Verwaltung, Kontrolle und Grenze Anna Wyss	113

Postkoloniale Perspektive auf und für die Soziale Arbeit in der Schweiz Eveline Ammann Dula und Swetha Rao Dhananka	125
Integrationspolitik und Geschlecht Carolin Fischer	137
Teil 3	
Praxisfelder der Sozialen Arbeit im Kontext von Integration	153
Die öffentliche Sozialhilfe zwischen Existenzsicherung, Integration und der Produktion von Ausschluss Yann Bochster und Lisa Marie Borrelli	155
Berufsbildungsintegration von «gefährdeten Jugendlichen» Heidi Hirschfeld und Luca Preite	173
Integration im Frühbereich. Spannungsfelder und Handlungs- möglichkeiten in Familienbegleitung und Elternbildung Alex Knoll und Rebekka Sieber	191
Soziale Arbeit mit Geflüchteten im Kontext von Quartier und Nachbarschaft Semhar Negash, Berihun Wagaw und Matthias Drilling	207
Einfluss der Asyl- und Integrationspolitik auf die Stabilisierung von traumatisierten Geflüchteten Daniela Olivia Gossweiler	223
Welche Integration im Alter? Sylvie Johner-Kobi	239
Interventionen der Sozialen Arbeit in Familien: Regulation im Namen der Integration? Margot Vogel Campanello	257
Soziale Bewegungen als transformative Akteur:innen im Schweizer Integrationsregime Sarah Schilliger	275

Freiwilligenarbeit: Spannungsverhältnisse und Potenziale zivilgesellschaftlicher Initiativen im Bereich Flucht*Migration	295
Selin Kilic und Sinan Kilic	
Ermächtigung formal Ausgeschlossener zur gesellschaftlichen Teilhabe: Soziale Arbeit und die Sans-Papiers Problematik	311
Roberto Lopez	
Rassismus und Antidiskriminierungsarbeit	329
Gülcan Akkaya	
Professionelle Positionsbestimmungen: eine Auslegeordnung	347
Peter Streckeisen, Eva Mey, Stefanie Kurt und Esteban Piñeiro	
Autor:innen	353

Soziale Bewegungen als transformative Akteur:innen im Schweizer Integrationsregime

Sarah Schilliger

1 Einleitung

Seit ein paar Jahren wird von Aktivist:innen im Bereich Migration und Antirassismus zunehmend Kritik an der hegemonialen Schweizer Integrationspolitik und -praxis geäußert. In einem selbstbewussten Ton formulieren insbesondere Menschen mit eigener Migrationsgeschichte Forderungen nach demokratischer Teilhabe und gleichen Rechten für alle in der Schweiz lebenden Menschen. «In den letzten Jahren merkten immer mehr Migrant:innen, dass das Schweizer Versprechen ‹Assimiliere dich brav, dann darfst du mitspielen und kriegst was vom Kuchen ab› für die meisten letztlich ein leeres Versprechen blieb», sagt Kijan Espahangizi (2015), der das Institut Neue Schweiz (INES) mitbegründet hat.

Statt mitzuspielen, stellen Vertreter:innen verschiedener postmigrantischer¹ und antirassistischer Bewegungen die Spielregeln grundlegend in Frage. Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative im Februar 2014 setzte eine Dynamik in Gang, die zur Vernetzung verschiedener Menschen, zur Entstehung von intersektionalen Allianzen und zur politischen Artikulation eines neuen postmigrantisches Selbstverständnisses führte. Gerade in der jüngeren Vergangenheit beobachten wir in der Schweiz einen regelrechten Mobilisierungsschub der Zivilgesellschaft. Die Solidaritätswelle gegenüber Geflüchteten (vor allem 2015 und erneut 2022), die intersektionale Mobilisierung rund um den Frauenstreik (seit 2019) wie auch die vielstimmigen Proteste der Black Lives Matter-Bewegung (seit 2020) trugen zu dieser Aufbruchsstimmung bei. Auf vielfältige Art und Weise wurde damit das Narrativ der Überfremdung bekämpft und das Dogma herausgefordert, dass die Schweiz kein Einwanderungs- und Zufluchtsland sein soll.

1 Postmigrantisches Bewegungen nehmen migrantische Alltagsrealitäten, Mehrfachzugehörigkeiten und Rassismuserfahrungen zum Ausgangspunkt, um kritisch in die (Dominanz-)Gesellschaft zu intervenieren, siehe dazu auch den Beitrag von Gabaret Gül in diesem Band.

In diesem Beitrag zeige ich auf, wie soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Initiativen im Bereich Migration, Flucht und Antirassismus in den letzten Jahren nicht nur eine dezidierte Kritik am Schweizer Integrationsregime übten, sondern auch alternative Konzeptionen und kreative Praktiken entwickelten, um demokratische und soziale Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte zu fördern. Gleichzeitig wird thematisiert, wie diese Bewegungsakteur:innen mit ihrer Praxis den längst gelebten postmigrantischen Alltagsrealitäten einen öffentlichen Ausdruck verschaffen und dazu beitragen, Stereotypisierungen von «Wir und die Anderen» herauszufordern. Entsprechend können – so meine These – soziale Bewegungen als wichtige Impulsgeberinnen und als transformative Akteur:innen innerhalb des Schweizer Integrationsregime betrachtet werden.

In einem ersten Schritt schlage ich eine praxeologische Regime-Perspektive auf Integration vor, mittels derer Integration als ein gesellschaftlich umkämpftes Konzept gefasst werden kann. Nach einem historischen Rückblick auf Deutungskämpfe um Integration seit den 1970er Jahren werden anschliessend die Diskurse und Praktiken von zwei migrationspolitischen Organisationen (das «Institut Neue Schweiz» und das Kollektiv «Wir alle sind Bern») genauer in den Blick genommen. Mit Bezug auf demokratietheoretische und postmigrantische Ansätze analysiere ich, welche Kritiken diese Bewegungen an der Schweizer Integrationspolitik äussern; wie sie auf vielfältige Weise die kategoriale, nationalstaatliche Logik des herrschenden Integrationsparadigmas durchkreuzen und wie sie damit neue Formen eines solidarischen Zusammenlebens in der Migrationsgesellschaft vorleben. Abschliessend skizziere ich thesenhaft, welche Impulse die bewegungspolitischen Praktiken, Kritiken und Erfahrungen für die staatliche sowie institutionelle Integrationspraxis sowie für die Soziale Arbeit mit sich bringen.²

2 Theoretische Blickrichtung auf das Integrationsregime

In der wissenschaftlichen Debatte werden Menschen mit Migrationsgeschichte häufig als passive Objekte einer Integrationspolitik von oben gefasst. Die Perspektive und Agency der Migrierenden wird dabei selten miteinbezogen (Falk 2019). Wie ««unterhalb» oder «jenseits» staatlicher Ordnungen» (Tsianos & Kasperek 2015, 19) um Migration und Integration gerungen wird, bleibt dadurch häufig kaum beleuchtet. Um die kontroversen Auseinandersetzungen

2 Ich danke Peter Streckeisen und Stefanie Kurt für hilfreiche Kommentare zu diesem Beitrag.

rund um Integration nicht nur aus einer Top-down-Perspektive zu fassen, ist eine praxeologische Perspektive auf Integration angezeigt, wofür sich das Konzept des Integrationsregimes eignet. Ein Integrationsregime ist einerseits geprägt durch institutionelle Arrangements und staatliche Migrations- und Integrationspolitiken, wird aber gleichzeitig auch mitgestaltet und herausgefordert durch gesellschaftliche Diskurse, Normen und die sozialen Praktiken einer Vielzahl von Akteur:innen (Hess & Tsianos 2010, 258). In diesen Aushandlungsprozess involviert sind staatliche wie nichtstaatliche Akteure, die aus unterschiedlichen machtpolitischen Positionen heraus auf Integration – und damit auf Chancen der ökonomischen, sozialen, politischen und rechtlichen Teilhabe – einwirken. Der Regimebegriff ermöglicht es somit, «über das Regierungswissen hinaus den Aspekt der Kämpfe zu konzeptualisieren» (Karakayalı 2008, 54). Damit kommen Menschen mit Migrationsgeschichte sowie zivilgesellschaftliche Akteur:innen, die sich für die Rechte von Migrant:innen einsetzen, als eigenständig handelnde Subjekte in den Fokus der Analyse.

Um zu analysieren, wie aus einer postmigrantischen Perspektive das hegemoniale Verständnis von Integration in vielfältiger Weise und auf unterschiedlichen Ebenen herausgefordert wird, bietet sich zudem eine kritische Citizenship-Perspektive an. Im wachsenden Forschungsfeld der «Critical Citizenship Studies» wird auf die Praxis der Aushandlung von Rechten und Zugehörigkeit fokussiert und das herkömmliche Verständnis von Citizenship, verstanden als ein statisches, nationalstaatszentriertes Rechtsregime, erweitert. Der Fokus liegt also nicht auf der Frage «Who is the citizen?»; vielmehr wird danach gefragt: «What makes the citizen?» (Isin 2009, 383). Damit rücken vermehrt soziale Bewegungen und Konflikte um Teilhabe in den Blick. Durch Momente politischen Engagements – sogenannte «acts of citizenship» (Isin 2009, 379) – eignen sich Menschen unabhängig vom ihnen zugeschriebenen Status Rechte an und machen sich faktisch zu Bürger:innen. Paradebeispiel eines «act of citizenship» ist der Widerstand der Schwarzen Frau Rosa Parks, die sich 1955 in den USA weigerte, ihren Platz im Bus für einen weissen Mann aufzugeben (Köster-Eisenfunke et al. 2014, 185; Schillinger 2018, 21). Durch ihre Aktion stellte Rosa Parks die rassistische Segregation in den öffentlichen Bussen in Frage, die ihr einen entrechteten Status zuwies. Mit ihrem Akt vollzog sie einen Bruch der bestehenden rechtlichen Ordnung und stiess damit eine politische Transformation an. Gleichzeitig hat sie sich als widerständiges politisches Subjekt konstituiert – als «activist citizen» (Isin 2009, 381).

Neben diesen Citizenship-Politiken, durch die gleiche Rechte und Teilhabe für alle eingefordert werden, sind auch weniger sichtbare und unspektakulärere Handlungen von Bedeutung, welche sich nicht auf den öffentlichen

politischen Bühnen abspielen, die aber gleichwohl – teils ohne explizit politische Zielsetzung – das Integrationsregime transformieren (Ataç, Kron et al. 2015; Schwiertz 2021). Durch diese alltäglichen Mikropolitiken – die als «Commoning» konzeptualisiert werden können (De Angelis 2017; Kubaczek & Mokre 2021) – bilden Menschen soziale Netze, teilen Ressourcen und erfahren dabei neue Formen der Kollektivität. Ins Visier geraten dadurch gesellschaftliche «Infrastrukturen der Solidarität» (Schilliger 2021), die gebildet werden durch Beziehungen gegenseitiger Fürsorge, das Teilen von (informellem) Wissen und die Schaffung von Räumen der Zugehörigkeit. Das Vorhandensein einer solchen solidarischen Infrastruktur ist häufig Bedingung dafür, dass es zu Selbstermächtigung kommt und überhaupt erst auf einer politischen Ebene Citizenship-Rechte eingefordert werden können. Gleichzeitig haben diese Commoning-Praktiken das Potenzial, das Integrationsregime durch eine kontinuierliche kollektive Praxis zu transformieren, indem sie neue Formen der Vergemeinschaftung erschaffen.

Die in diese Aushandlungen und Kämpfe involvierten zivilgesellschaftlichen Akteur:innen sind in Bezug auf ihre politischen Ziele und Organisationsweisen vielfältig und agieren aus unterschiedlichen sozialen Positionen. Wie der folgende historische Rückblick (Abschnitt 3) deutlich macht, wurde beispielsweise in der Schweiz der 1970er Jahre durch das Zusammenkommen sehr unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Akteur:innen (migrantische Organisationen, Gewerkschaften, kirchliche Akteur:innen, kulturelle Vereinigungen) im Rahmen der «Mitenand-Initiative» ein neues Verständnis von Integration und Zusammenleben angestossen. Auch heute sind es eine ganze Reihe an loser wie enger verbundenen Initiativen, Bewegungen und Organisationen, die auf unterschiedlicher Ebene (lokal/national/translokal) und sowohl mittels Citizenship – als auch durch Commoning-Praxen ins Integrationsregime intervenieren (Abschnitt 4).

3 Integration als umkämpftes Konzept – ein Blick zurück

Nicht erst in jüngster Zeit sind bewegungspolitische Akteur:innen in der Schweiz wichtige Impulsgeber:innen in der gesellschaftlichen Debatte um Integration. Wie der Historiker Kijan Espahangizi (2021a; 2021b; 2022) in seiner Genealogie zum Integrationsbegriff aufzeigt, ist Integration als Konzept in den 1970er Jahren gar massgeblich von einer zivilgesellschaftlichen Bewegung in den politischen Diskurs eingebracht worden. Im Kontext der sogenannten Schwarzenbach-Initiative, die den Anteil von Ausländer:innen auf maximal 10 Prozent begrenzen wollte, formierte sich Ende der 1960er Jahre Widerstand gegen den Überfremdungs-Diskurs und die damit einhergehende

staatliche Politik der Assimilation. Nachdem italienische Gewerkschaften und Migrant:innenorganisationen wie die *Federazione delle Colonie Libere Italiane in Svizzera* (FCLIS) in die politische Öffentlichkeit interveniert hatten und für den Familiennachzug und gegen Diskriminierungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt einstanden (Baumann 2014), bildete sich anfangs der 1970er Jahre die «Mitenand»-Bewegung – ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis, das von migrantischen Selbstorganisationen über Teile der Gewerkschaften und christliche Organisationen bis hin zu radikalen Linken reichte. Diese migrationspolitische Allianz setzte sich fortan für eine «menschlichere Ausländerpolitik», gegen Ausgrenzung und rechtliche Diskriminierung und für ein solidarisches Miteinander ein; die Beteiligten wehrten sich gegen die allgegenwärtige Problematisierung von Migration und betonten das Potenzial eines «harmonischen Zusammenlebens schweizerischer und ausländischer Bevölkerungen» (Niederberger 2004, 102). Im Jahr 1977 reichte diese Allianz eine schweizweite Initiative – die «Mitenand-Initiative» – ein, die die Abschaffung des Saisonierstatuts, Rechtsgleichheit und eine Verpflichtung des Staates zur Integration der ausländischen Bevölkerung einforderte. Kijan Espahangizi weist auf einen aus heutiger Sicht überraschenden Umstand hin:

«Das neue Zauberwort dieser Stimmen war «Integration» – im Gegensatz zu Assimilation. Auch wenn dasselbe Wort seitdem längst seinen Klang verändert hat, und heute nicht selten dazu benutzt wird, um Unterordnung und Anpassung von «Ausländern» zu fordern, – ja wieder Assimilation – war es in den 1970er Jahren der Schlachtruf derjenigen, die sich für eine Öffnung und Inklusion einsetzten.» (Espahangizi 2021a, 53)

Damit waren es also migrantische Bewegungen selbst, die die Forderung nach Integration in den politischen Diskurs miteinbrachten³, wobei diese darunter eben gerade nicht individuelle Anpassungsleistungen von Seiten der Migrant:innen verstanden, sondern vielmehr Gleichberechtigung, die Gewährung von Teilhaberechten und die Ermöglichung sozialen Aufstiegs. Und damit eine Veränderung der gesamten Gesellschaft, ihres Selbstverständnisses und ihrer Institutionen.

Doch dieses emanzipatorische Integrationsverständnis konnte sich in der hegemonialen institutionellen Politik nicht durchsetzen, auch wenn ein-

3 Dieselbe Dynamik zeigte sich auch in Deutschland, vergleiche Bojadzjev 2008; Foroutan 2019.

zelne (para-)staatliche Institutionen selektiv gewisse Aspekte wie soziale Teilhabe und kulturelle Vielfalt aufnehmen.⁴ Nachdem die Mitenand-Initiative 1981 an der Urne mit über 80 Prozent Nein-Stimmen gescheitert war, setzte sich die assimilatorische Logik fort, wie der Kulturanthropologe Rohit Jain (2018, 150) konstatiert: «Trotz der Pluralisierung der migrationspolitischen Narrative und Strategien wurde die ‹Kultur der Anderen› im staatlichen Migrationsdispositiv der späten 1980er und der 1990er Jahre grundsätzlich weiterhin als Assimilationshindernis angesehen.» Entsprechend sind es die Migrant:innen selber, die sich entlang der Vorstellungen der Dominanzgesellschaft einzugliedern haben.

Trotzdem bleibt die Bewegung der Mitenand-Initiative nicht ohne Wirkung (Espahangizi 2021b): Die im Zuge der Mitenand-Bewegung entstandene schweizweite Allianz von Aktivist:innen, Arbeitsgruppen und lokalen Initiativen setzte wichtige Impulse zur Etablierung einer inklusiven Perspektive auf Migration. Schweizer Bürger:innen und sogenannte Ausländer:innen bauten gemeinsam solidarische Strukturen auf und engagierten sich in «Mikropraktiken postmigrantischer Konvivialität» (Espahangizi 2021b, 99). Die Suche nach einem neuen «Miteinander» ging einher mit vielfältigen und kreativen Versuchen der «Selbsteingliederung» (Terkessidis 2008) und der Schaffung eigener solidarischer Unterstützungsinfrastrukturen (selbstorganisierte Kulturzentren, Sprachkurse, basisgewerkschaftliche Kollektive, migrantische Frauengruppen, u. v. a. m.). Es sind diese fortlaufenden und zahlreichen Praktiken des Commoning im Alltag, die es Migrant:innen erleichtern, ihr Leben in der Schweizer Gesellschaft trotz vielfältiger Diskriminierungen und Ausschluss-erfahrungen zu organisieren. Sie sind gleichzeitig auch das Fundament, auf dem antirassistische und migrationspolitische Bewegungen bis heute in ihrem Kampf für gleiche Rechte und gegen eine disziplinierende staatliche Integrationspolitik von oben aufbauen.

4 Aktuelle bewegungspolitische Politiken und Praktiken jenseits des Integrationsimperativs

In den 40 Jahren seit der Mitenand-Initiative hat sich die Schweizer Gesellschaft tiefgreifend gewandelt: In der offiziellen Statistik werden inzwischen weit über ein Drittel der in der Schweiz lebenden Bevölkerung als Menschen

4 Gleichzeitig kam es auf Seiten zivilgesellschaftlicher Akteure laut Espahangizi (2022, 159f.) ab den 1980er Jahren zu einem «cultural turn» – weg von der Thematisierung struktureller Hindernisse der Integration (bezogen auf Recht, Arbeitsmarkt und Bildungssystem) und hin zu «Fragen der kulturellen Identität, Differenz und Vielfalt».

mit einem sogenannten Migrationshintergrund⁵ gefasst; fast die Hälfte aller in der Schweiz geschlossenen Ehen sind binational; Mehrfachzugehörigkeiten und transnationale Lebenswelten sind längst ein Massenphänomen – kurzum: die empirische Realität, eine Migrationsgesellschaft zu sein, kann faktisch nicht mehr bestritten werden. Politisch bleibt Integration gleichwohl ein höchst kontroverses Thema. Als ab den 2000er Jahren der Bund Integration als staatliche Kernaufgabe anerkannte, vervielfältigte und verkomplizierte sich das migrations- und integrationspolitische Feld (Piñeiro 2020). Heute bekennt sich der Bund im neuen Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) zwar zu Werten wie Chancengleichheit, Teilhabe und gegenseitiger Achtung und Toleranz. Gleichzeitig beinhaltet die integrationspolitische Devise des Förderns und Forderns zahlreiche «restriktiv-assimilatorische Verfahrenselemente» (siehe den Beitrag von Esteban Piñeiro in diesem Band) und bewegt sich im Spannungsverhältnis zwischen Praktiken der Fürsorge und der (Grenz-)Kontrolle (siehe den Beitrag von Anna Wyss in diesem Band). Auch die involvierten staatlichen und parastaatlichen Akteure sind divers, stehen häufig in einem widersprüchlichen Verhältnis zueinander und verfolgen teilweise auf lokaler bzw. kommunaler Ebene eine unterschiedliche Praxis (siehe den Beitrag von Eva Mey in diesem Band).

In dieses widersprüchliche Feld zwischen Anerkennung und Disziplinierung intervenieren heute zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteur:innen, die Teilhabe und gleiche Rechte aushandeln und sich selbstbewusst gegen Ungleichbehandlung und Rassismus zur Wehr setzen. In den letzten Jahren sind in der Schweiz postmigrantische Allianzen entstanden, die sich zunehmend darum bemühen, ein gemeinsames politisches Terrain zu schaffen. Die involvierten Aktivist:innen agieren dabei aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen – als Schweizer Bürger:innen, Second@s mit oder ohne Schweizer Pass, als anerkannte Geflüchtete, als Sans-Papiers. Von der staatlichen Integrationspolitik werden sie unterschiedlich adressiert und ihr Weg zu gleichen Rechten, Teilhabe und Anerkennung ist ungleich schwer und hindernisreich. Entsprechend voraussetzungsvoll und herausfordernd ist es dabei, eine solidarische Praxis zu entwickeln und Gemeinsamkeit in der Differenz zu imaginieren. Im Folgenden zeichne ich exemplarisch an zwei zivilgesellschaftlichen Organisationen nach, wie sie eine Basis für kollektives solidarisches Handeln schaffen, indem sie Marginalisierungs- und Diskriminierungserfahrungen politisieren und sich darum bemühen, dafür eine geteilte

5 Durch die Einführung dieses Begriffs in die Behördensprache wurde es nun möglich, auch bei Personen mit Schweizer Nationalität Integrationsdefizite zu vermerken.

Sprache der Artikulation zu finden. Ins Visier nehme ich dabei das «Institut Neue Schweiz» und «Wir alle sind Bern».⁶

4.1 Institut Neue Schweiz: «Think & Act Tank mit Migrationsvordergrund»

«Auf dem Boden liegt eine Gratiszeitung, in der alle Probleme in dem Land schwarze Haare haben und unaussprechliche Namen, sie haben einen falschen Pass und falschen Glauben, sie haben zu viele Kinder und zu wenig Kultur, zu viel IV und zu wenig Integration. Ich schaue mich erstaunt um, von welcher Integration reden die, olum? Integration worein, hermana? Anpassung woran, miku im? Wir leben hier, wie alle anderen auch. Wo ist das Problem? Wir brauchen keine Integrationsmassnahmen, die Schweiz braucht Entwicklungshilfe in Demokratie.» (Espahangizi 2015)

Mit diesen Sätzen wurde im Februar 2015, exakt ein Jahr nach der Abstimmung über die eidgenössische Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung», der «Kongress der Migrant:innen und Menschen mit Migrationshintergrund» eröffnet. Ein Kongress, der verschiedene Gruppen und Menschen mit Migrationsgeschichte zum Austausch zusammenbrachte mit dem Ziel, eine gemeinsame Stimme zu finden, und politische Strategien zu entwickeln gegen Ausgrenzung und alltägliche Rassismuserfahrungen in der Schweiz. Rückblickend kann dieser Anlass als Startschuss gesehen werden für eine postmigrantische Bewegung, die sich ein Jahr später (2016) eine Organisationsform gab: Das Institut Neue Schweiz (INES). Der «Think & Act Tank mit Migrationsvordergrund», gegründet «aus einem Kreis von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte, People of Color, Second@s, Bindestrich-Schweizer:innen und weltoffenen Kompliz:innen»⁷, setzt sich seither auf lokaler wie auf nationaler Ebene für gesellschaftspolitische Visionen jenseits der Gegenüberstellung von «Wir» und «Ihr» ein.⁸

Das obige Zitat verdeutlicht mehrere Kritikpunkte an der hegemonialen Schweizer Integrationspolitik, die INES seither vielfach politisch adressiert hat. Es kritisiert zuerst einmal den dramatisierenden und problemzentrierten Diskurs, durch den als Migrant:innen bezeichnete Menschen häufig als

6 Die Auswahl dieser zwei bewegungspolitischen Akteure ist insbesondere durch mein eigenes zivilgesellschaftliches Engagement begründet – als Mitgründerin des Netzwerkes «Wir alle sind Bern» und solidarische Komplizin von INES.

7 <https://institutneueschweiz.ch/De/Community>

8 Die Begriffe «Wir» und «Ihr» werden hier in Anführungszeichen und gross geschrieben, um zu betonen, dass es sich dabei um konstruierte Gemeinsamkeiten und Unterscheidungen handelt.

Problemfälle gesehen werden, die angeblich zu wenig Anpassungsleistungen erbringen würden. Aus diesem Negativnarrativ über die gescheiterte Integration entfaltet sich die normative Kraft des Integrationsimperativs, mit dem je nach gesellschaftlichem Status verschiedene disziplinarische Massnahmen verbunden sind und durch den bei Nichterfüllung dieser Anpassungsleistungen symbolische wie ökonomische Strafen angedroht werden. Gleichzeitig wird die Frage aufgeworfen, in was genau sich nun Migrant:innen denn eigentlich integrieren sollen? Implizit kritisiert werden dabei die polarisierenden wie auch homogenisierenden Deutungen von einem Wir und den Anderen, diskriminierende Stereotypisierungen von Einheimischen und Migrant:innen und die Essentialisierung einer angeblichen Schweizer Kultur und einer fremden Kultur (siehe den Beitrag von Peter Streckeisen in diesem Band). Artikuliert wird gleichzeitig die gemeinsame und entwürdigende Erfahrung, zu Fremden gemacht zu werden und weniger wert zu sein als Andere. Mit dem simplen Ausspruch «Wir leben hier, wie alle anderen auch» wird die Dominanzgesellschaft dazu aufgerufen, die gesellschaftlichen Realitäten nicht weiter zu negieren und zu anerkennen, dass die Schweiz längst ein Land mit «Migrationsvordergrund» ist. Und schliesslich wird der Problem-Diskurs subversiv umgekehrt und demokratische Teilhabe im eigenen Land eingefordert: Nicht die sogenannten Migrant:innen sind defizitär, sondern die Schweizer Demokratie ist stehengeblieben und braucht Entwicklungshilfe.

Seit seiner Gründung hat INES in zahlreichen Arbeitsgruppen, politischen Versammlungen und öffentlichen Salons in verschiedenen Deutschschweizer Städten dieses «angehäufte Demokratiedefizit» zur Debatte gestellt und vielfältige strukturelle, gesetzliche und institutionelle Hürden politisiert, die eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft behindern (INES 2021a, 14). Die Citizenship-Praxis von INES ist dabei inspiriert von postmigrantischen Theoretiker:innen wie der deutschen Soziologin Naika Foroutan (2019, 14), die dazu auffordert, «hinter die Migrationsfrage [zu] schauen», um «den Fokus auf gesellschaftliche Kernkonflikte um Anerkennung, Chancengerechtigkeit und Teilhabe zu lenken». So hinterfragen INES-Aktivist:innen «die viel gelobte Schweizer Demokratie, welche die offizielle Schweiz stolz als ihre Marke pflegt» (INES 2021a, 17) und kritisieren, dass rund ein Viertel der permanenten Wohnbevölkerung über 18 Jahren kein Bürgerrecht besitzt – und damit keine politischen Rechte und oft auch nur einen prekären Aufenthaltsstatus. Zusammen mit dem Verein «Aktion Vierviertel», der von INES mitinitiiert wurde, machen sie sich für eine grundlegende Bürgerrechtsreform stark. In einem Manifest, das in 18 Sprachen übersetzt wurde⁹, weist die

9 <https://aktionvierviertel.ch/manifest/>.

Aktion Vierviertel darauf hin, dass es in der Schweiz europaweit am schwersten ist, eingebürgert zu werden – wobei das Einbürgerungsprozedere für Hochqualifizierte wesentlich einfacher ist als für Menschen mit weniger kulturellem und ökonomischem Kapital. Sie fordern einen «neuen, mutigen Gesellschaftsentwurf», bei dem allen, die in der Schweiz geboren sind, automatisch das Bürgerrecht gewährt wird und ein Grundrecht auf Einbürgerung installiert wird für alle jene, die seit vier Jahren im Land leben.¹⁰

Gleichzeitig plädiert INES (2021b) in ihrem Positionspapier zu «Citizenship in the Making», den Begriff von Citizenship weiter zu fassen «als ein enges legalistisches Verständnis von Bürgerrechten» und «neben rechtlichen und politischen auch soziale, wirtschaftliche sowie kulturelle Aspekte von Bürger:innenschaft» zu thematisieren. Dies geschieht insbesondere durch kritische Wissensproduktion, Bildungsarbeit und die Organisation von Diskussions- und Gesprächsformaten sowie durch öffentliche Veranstaltungen, welche thematisch von der Kritik am europäischen Grenzregime, über die Thematisierung von kolonialen Verstrickungen der Schweizer Wirtschaft, institutionellem Rassismus im Bildungssystem, bei der Polizei und auf dem Arbeitsmarkt bis hin zu erinnerungspolitischen Auseinandersetzungen reichen.¹¹

Während die Aktivitäten von INES nach aussen insbesondere als kritische, öffentliche Diskursintervention zu fassen sind, arbeitet der Think & Act Tank gleichzeitig auch daran, «sich auf die Suche nach einem neuen Gemeinsinn» zu machen (INES 2021a, 15). Wie die INES-Co-Präsidentin Tatiana Cardoso betont, will INES «Räume schaffen, in denen Menschen mit Migrationsgeschichte ihre Erfahrungen» teilen und sich gegen verschiedenste Diskriminierungen im Alltag aussprechen können (Cardoso 2021). Nicht zuletzt aus einem historischen Bewusstsein heraus, werden Commoning-Praktiken innerhalb der INES-Community explizit ins politische Selbstverständnis integriert und offensiv auch nach aussen getragen. So zum Beispiel mit dem Format «We Talk. Schweiz ungefiltert» – einer Talkshow aus dem «Migrationsuntergrund», bei der in einer Wohnzimmer-Umgebung ein Raum der (Mehrfach-)Zugehörigkeit geschaffen wird. Gestärkt wird damit ein postmigrantisches Selbstbewusstsein, durch das sich Menschen «mit Migrationsvordergrund» als handelnde Akteur:innen wahrnehmen können, welche das Einwanderungsland Schweiz mitgestalten und prägen. Dieses Empowerment ist nötig, um überhaupt erst auf einer politischen Ebene Citizenship-Rechte ein-

10 https://institutneueschweiz.ch/De/Blog/281/Aktion_Vierviertel_Bndnis_fr_ein_Grundrecht_auf_Einbrgerung.

11 Das «Handbuch Neue Schweiz» (INES 2021a) gibt einen vielfältigen und illustrativen Einblick in verschiedene Projekte und Debatten, die INES seit der Gründung lanciert hat.

fordern zu können. Gleichzeitig haben diese Commoning-Praktiken das Potenzial, das Integrationsregime von den Rändern der Gesellschaft her durch eine kontinuierliche kollektive Praxis zu transformieren, indem das binäre Denken in «Schweizer» und «Ausländer» überwunden und ein neues postmigrantisches Wir geschaffen wird. Auch wenn dabei, wie die INES-Aktivistin Tatiana Cardoso (Cardoso 2021) unterstreicht, Geduld gefragt ist und man lediglich «Baby Steps» machen könne, da in der Schweiz «viele sich gar nicht bewusst sind, dass der «falsche» Pass, die Hautfarbe oder Religionszugehörigkeit Konsequenzen im Alltag mit sich bringen». Das Mindset innerhalb der Dominanzgesellschaft zu verändern und den politischen Raum auszuweiten, ist denn auch eines der zentralen Ziele, das sich INES für die nächsten Jahre gesetzt hat.

4.2 Wir alle sind Bern [WasB]: Plattform für Urban Citizens

«Die Entscheidung eines Menschen in Bern zu leben, erachten wir als dessen freie Entscheidung und als Ausgangspunkt unserer Überlegungen zu einem solidarischen Miteinander. Die Kriminalisierung von Grenzübertritten und die damit verbundene Unterscheidung in Gruppen, die dazugehören und andere, die nicht dazugehören, stehen diesem Ziel im Weg. Wir setzen uns ein für eine solidarische Stadt, die den Aufenthaltsstatus ihrer Bewohner:innen aktiv ignoriert und sich gegen Ausschaffungen zur Wehr setzt. Neben der Aufenthaltssicherheit beinhaltet eine solidarische Stadt für uns den Zugang zu Wohnraum, Arbeit und Bildung und die Gewährung sämtlicher Grundrechte für alle – unabhängig vom Aufenthaltsstatus.» (Wir alle sind Bern 2017)

Wir alle sind Bern (WasB) ist eine Plattform, in der sich «Urban Citizens» (mit und ohne Schweizer Staatsbürger:innenschaft) für eine solidarische Stadt Bern einsetzen und mittels Veranstaltungen, Aktionen sowie der Schaffung von alltagsdemokratischen Räumen in der Stadt neue Zugehörigkeiten jenseits des Nationalen zu schaffen versuchen. Initiiert worden ist WasB 2016 im Anschluss an eine öffentliche Veranstaltung, zu der die Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers eingeladen hatte und bei der Aktivist:innen aus Zürich die Idee einer «City Card Züri» präsentierten. Das Konzept Urban Citizenship – ein alternatives Bürger:innenschaftsmodell, bei dem Rechte und Zugehörigkeit nicht vom nationalen Status, sondern vielmehr von der Präsenz und Teilhabe im städtischen Raum und in der Nachbarschaft abgeleitet werden (Schilliger 2018) – stiess bei migrationspolitisch engagierten und antirassistischen Aktivist:innen in Bern auf grosse Resonanz. Im November 2016 veranstaltete die

Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers zusammen mit dem «Berner Rassistismus Stammtisch» und der «Allianz gegen Racial Profiling» ein «Stadtforum», an dem sich Sans-Papiers, Geflüchtete, Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte in verschiedenen Workshops zu Rassismuserfahrungen in der Stadt, zu Fragen der Teilhabe und zur Idee einer Berner City Card austauschten. Entstanden ist aus diesen Diskussionen ein Manifest, das sich einsetzt «für eine Solidarische Stadt Bern, in der Migration und Vielfalt als gesellschaftliche Realität anerkannt werden und nicht die Herkunft, sondern der Lebensmittelpunkt und die gemeinsame Zukunft im Zentrum stehen» (Wir alle sind Bern 2017). Zum Ausdruck gebracht wird in diesem Manifest eine municipalistische Strategie¹², um «[...] auf urbaner Ebene der allgemeinen Tendenz der Abschottung und des Rassismus eine offenere, solidarischere Politik entgegenzusetzen und damit einen Ausweg aus der migrationspolitischen Sackgasse auf nationaler Ebene aufzuzeigen» (Schilliger 2018, 14). Alle Menschen, die zusammen an einem bestimmten Ort leben und dort am Alltag teilnehmen, sollen die gleichen sozialen und politischen Rechte, Zugang zu städtischen Ressourcen und zu sozialer, politischer und kultureller Teilhabe haben, so lautet die Forderung. Dazu wird eine breite städtische Allianz verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteur:innen im Bereich Antirassismus und Migration aufgebaut, welche von migrantischen Selbstorganisationen und Vereinen über verschiedene Supportstrukturen wie Rechtsberatungen für Sans-Papiers und Geflüchtete bis hin zu Stadtteil-Initiativen reicht, die Räume für die Teilhabe von Migrant:innen schaffen. In thematischen Arbeitsgruppen, Vollversammlungen und öffentlichen Stadtforen erarbeiten die Aktivist:innen eine politische Praxis und eine gemeinsame Sprache. Andererseits verfolgt WasB die Strategie, aktiv in die städtische Politik und Verwaltung zu intervenieren, um auf lokaler Ebene die sozialen und politischen Rechte und Möglichkeiten der Teilhabe für Menschen mit eingeschränkten oder fehlenden Staatsbürger:innenrechten auszuweiten.

Den Versuch einer institutionellen Aushandlung von sozialen Rechten auf lokaler Ebene verfolgt WasB insbesondere mit dem Projekt der Berner City Card. Adressiert werden dabei urbane Grenzziehungen in der Stadt, die Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus in ihrem Alltag erfahren – der eingeschränkte Zugang zu Bildung, zu Gesundheit sowie die fehlende Freiheit, sich ohne Angst vor Migrationskontrollen im städtischen Raum zu bewegen. Die Aktivist:innen von WasB sehen in der Einführung einer City Card ein Instrument, welches der migrantischen Stadtbevölkerung ermöglichen würde, sich

12 Der sogenannte «Neue Municipalismus» nimmt die lokale Ebene als Ausgangspunkt für eine Demokratisierung der Gesellschaft, vergleiche dazu für die Schweiz: Koch 2018.

gegenüber öffentlichen und privaten Institutionen und Einrichtungen in der Stadt auszuweisen, ohne dabei automatisch Daten über Aufenthaltsstatus und nationale Herkunft preiszugeben. Damit verknüpft ist die Aufforderung an die Stadt, aktiv den Aufenthaltsstatus zu ignorieren und allen Stadtbewohnenden einen angstfreien Zugang zu städtischen Dienstleistungen zu gewähren. Auch wenn Sans-Papiers eine wichtige Zielgruppe einer solchen städtischen Identitätskarte wären, erhoffen sich die Aktivist:innen von WasB mit diesem Instrument darüber hinaus für die breitere Migrationsbevölkerung eine Ausweitung von (substanziellen) Rechten und Teilhabemöglichkeiten. Einerseits müssten sich Menschen ohne Schweizer Pass bei Behördengängen nicht immerzu als Ausländer:in ausweisen, andererseits würde der wachsenden Angst innerhalb der Migrationsbevölkerung entgegengewirkt, die sich insbesondere seit 2019 aufgrund der Verschärfung des AIG vermehrt zeigt: Da bei Sozialhilfebezug die Gefahr droht, dass Niederlassungsbewilligungen nicht verlängert werden oder eine Herabstufung einer C- auf eine B-Bewilligung erfolgt, zögern immer mehr Menschen ohne Schweizer Pass, wohlfahrtsstaatliche Unterstützungsleistungen in Anspruch zu nehmen (Kurt et al. 2020). Dass diese Angst vor aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen aufgrund des Bezugs von städtischer sozialer Unterstützung (wie z. B. Kita-Betreuungsgutscheinen) und Integrationsdienstleistungen (wie z. B. Bons für Deutschkurse) auch in der Stadt Bern verbreitet ist, manifestierte sich deutlich in den Diskussionsrunden zur City Card, die WasB in verschiedenen Stadtteilen durchgeführt hat.

Mit ihrem konkreten Vorschlag der Einführung einer City Card ist WasB bei der Stadtregierung auf offene Ohren gestossen: Diese hat die Einführung einer Berner City Card 2018 in den städtischen Legislaturplan Integration aufgenommen und eine Studie erstellen lassen, die die Rahmenbedingungen und das Potenzial einer City Card in Bern analysiert (Schilliger et al. 2022). Zudem beschäftigt sich eine interdepartementale Arbeitsgruppe, in die auch Vertreter:innen von WasB Einsitz haben, mit der Konkretisierung einer Umsetzungsstrategie.

Neben dieser konkreten Citizenship-Praxis zur Ausweitung von Rechten auf städtischer Ebene haben die Aktivist:innen von WasB vielfältige Initiativen und Formate entwickelt, die darüber hinausgehen. Mit Bezug auf ein praxeologisches und dynamisches Verständnis von Citizenship, das sich nicht auf den formal-juristischen Rechtsstatus beschränkt, erprobt WasB demokratiepolitische und Commoning-Praxen, bei denen der städtische Raum als Ausgangspunkt genommen wird, um Ungleichheiten und Hierarchisierungen im Schweizer Migrations- und Integrationsregime zu politisieren. Ähnlich wie INES adressiert dabei auch WasB das Demokratiedefizit, das Migrant:innen vom Stimm- und Wahlrecht ausschliesst: «Wenn die Demokratie blockiert ist, müssen wir sie neu erfinden, weil: wir alle sind Bern!» – mit diesem Slogan haben

Aktivist:innen von WasB das «Café Cosmopolis» als Format entwickelt, das «ungehörte Stimmen bündeln» möchte und die defizitäre Demokratie «aus der Sicht der Ausgeschlossenen – der Sans-Papiers, Geflüchteten, Second@s und People of Colour» thematisieren will. Das Café Cosmopolis ist mit dem Anspruch gestartet, einen möglichst niederschweligen Treffpunkt zu schaffen für alle, «die in Bern einen anderen Umgang untereinander finden wollen – demokratisch, solidarisch, vielfältig, rassismuskritisch und mehrsprachig».¹³ An verschiedenen Orten in der Stadt werden Treffen organisiert zu Themen, die von Menschen festgelegt werden, welche über keine politischen Rechte verfügen. Einerseits veranstaltet WasB im Rahmen des Café Cosmopolis jeweils vor den nationalen Abstimmungen «Wahlbüros», bei denen Menschen mit Stimmrecht mit nicht stimmberechtigten Stadtbürger:innen in einem solidarischen Akt ihre Stimmen teilen und so ein Zeichen für ein Stimmrecht für alle und damit für ein «dringend notwendiges Demokratie-Update» setzen. Andererseits werden im Rahmen vom Café Cosmopolis konkrete Problemlagen in der Stadt verhandelt, indem Diskussionen lanciert werden zu so vielfältigen Themen wie Heimat, prekärem Aufenthaltsstatus, Partizipation statt Integration, der Idee eines partizipativen Budgets oder dem «Verhüllungsverbot». Essen und Musik sorgen für eine gemütliche Atmosphäre und für die Möglichkeit, dass Menschen mit verschiedensten Fähigkeiten etwas beisteuern können.

Ermöglicht wird damit ein Raum für persönliche Begegnungen auf Augenhöhe zwischen Zugewanderten und Menschen, die schon länger in der Stadt leben. Dabei ist es nicht immer einfach, eine gemeinsame Sprache zu finden: Nötig ist ständige Übersetzungsarbeit, nicht nur zwischen Menschen mit unterschiedlicher Muttersprache, sondern auch zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Milieus. Es sind insbesondere der persönliche Austausch von Lebensgeschichten und der Aufbau von sorgsamem und freundschaftlichen Beziehungen, die hier hilfreich sind, um einer paternalistischen Logik zu entkommen und Verhältnisse der Reziprozität und der Gleichheit unter Nicht-Gleichen herzustellen. Um diese Commoning-Praxen zu vertiefen, verfolgt eine weitere Arbeitsgruppe von WasB das Projekt einer «Solidarity City Map», mittels derer solidarische Strukturen in der Stadt Bern in einer interaktiven App kartiert werden: Räume ohne Konsumzwang, Beratungsangebote für schwierige Situationen, Mittagstische, Gruppen für gemeinsames Lernen oder kulturelle Räume, die allen offenstehen. Dabei steht nicht bloss das Produkt im Zentrum, sondern auch der Prozess auf dem Weg dahin, durch den Beziehungen mit verschiedensten Involvierten dieser städtischen Infrastruktur der Solidarität vertieft werden.

13 <https://wirallesindbern.ch/cafe-cosmopolis/>

Die Praxis von WasB deutet auf die Bedeutung von konkreten Orten hin, an denen ein solidarisches Miteinander erprobt werden kann, wo Menschen ohne Schweizer Pass an der (Stadt-)Gesellschaft teilhaben und neue Zugehörigkeiten entwickeln können – jenseits von staatlichen Integrationsanforderungen, die an sie herangetragen werden. Denn laut Tahmina Taghiyeva (2020), einer geflüchteten Frau, die sich in WasB engagiert, «müssen wir immer wieder beweisen, dass wir es wert sind, mit den Schweizer:innen in derselben Reihe stehen zu können». Wenn, so Taghiyeva

«[...] in dieser Gemeinschaft lediglich Personen mit einem Schweizer Pass über Regeln bestimmen, die mich oft sogar stärker betreffen, fühle ich mich trotz all meiner Bestrebungen, ein «würdiges» Mitglied der Gesellschaft zu werden, hier völlig unwichtig. Seltsamerweise bin ich als Ausländerin gleichzeitig zentraler Gegenstand zahlreicher politischer Debatten in diesem Land. In der Schweiz machen viele Politiker:innen ein Riesenthema aus uns Ausländer:innen, aber wir selbst haben oft kein Recht, uns zu ihrer Politik zu äussern, die uns stets in ein schlechtes Licht rückt.» (Taghiyeva 2020)

Diesem herrschenden integrationspolitischen Diskurs setzt WasB etwas entgegen: Die Urban Citizenship-Praktiken ermöglichen es, ein Stück weit wegzukommen von der Thematisierung von Migration als einem Problem, hin zur Thematisierung von Ungleichheiten in der Stadt sowie zur Frage nach sozialer und politischer Teilhabe.

5 Schluss: Soziale Bewegungen als Impulsgeber:innen im Schweizer Integrationsregime

Die zwei skizzierten bewegungspolitischen Organisationen sind nur ein kleiner Ausschnitt aus einer Reihe von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die in den letzten Jahren vermehrt Kritik am hegemonialen Schweizer Integrationsregime geübt sowie widerständige Praktiken und alternative Konzeptionen von Partizipation und Teilhabe erprobt haben. Wenn wir den Blick nicht nur auf die offiziellen Bühnen der Politik werfen, sondern auch subalterne, widerständige und teils unsichtbare Praxen von Migrant:innen miteinbeziehen, erscheint das Schweizer Integrationsregime als durchaus umkämpft. Wie schon im Rahmen der Mitenand-Initiative handeln Migrant:innen darin als eigenständige und eigensinnige Subjekte, bilden Allianzen mit verschiedenen Akteur:innen, die sich für eine offenere Gesellschaft einsetzen, entwickeln eine gemeinsame Sprache und eröffnen Räume, in denen Citizenship ausgeweitet und Demo-

kratie aktiv gelebt wird. Sie fordern dabei eine dringende Anpassung an die heutige Realität einer postmigrantischen Gesellschaft (siehe den Beitrag von Garabet Gül in diesem Band), in der Migration als eine Tatsache anerkannt wird und nicht länger als Trennlinie fungiert. Zwar sind die Aktivist:innen wie zur Zeit der Mitenand-Initiative in ihren politischen Auseinandersetzungen mit rassistischen und rechtsautoritären Kräften konfrontiert und erleben stets von neuem, wie Migration als Ausnahmezustand verhandelt wird. Gleichzeitig hat sich die Gesellschaft seither tiefgreifend verändert und pluralisiert. So ist das Arbeits- und Konsumleben heute stark globalisiert, binationale Ehen sind kein Kuriosum mehr und Mehrfachzugehörigkeiten gehören zum Alltag. Diese Ambivalenz von Polarisierung und Pluralisierung ist laut Aladin El-Mafaalani (2020) bezeichnend für heutige Migrationsgesellschaften: Laut seinem Konzept des «Integrationsparadoxes» nehmen die Auseinandersetzungen rund um Integration und Migration weiter zu und werden umso heftiger, je stärker die durch Migration geprägten Gesellschaften zusammenwachsen. Mit Blick auf die jüngsten Auseinandersetzungen zeigt sich dabei durchaus Potenzial im Hinblick auf die Neuaushandlung von Zugehörigkeiten und gesellschaftlicher Teilhabe. Jedoch schlagen sich das neue postmigrantische Selbstverständnis und die vielfältigen migrantischen Kämpfe um Rechte und Ressourcen bisher kaum in der politischen Ausgestaltung von Citizenship-Rechten nieder. Altbekannte rassistische Hierarchisierungen nach Citizenship-Status reproduzieren sich, wobei ein Status (wieder) häufiger nur noch temporär verliehen wird und sich an spezifische Gruppen von Migrant:innen mit gefragten Qualifikationen richtet. Zudem muss Citizenship zunehmend «verdient» werden, zum Beispiel durch den Beweis der ökonomischen Selbstständigkeit – was den Druck erhöht, prekäre Arbeitsbedingungen zu erdulden. Um diese grundlegenden sozialen Fragen vermehrt auch aus einer postmigrantischen Perspektive zu politisieren, wären stärkere Allianzen und Kooperationen sowohl mit progressiven sozialpolitischen Akteuren als auch mit gewerkschaftlichen Bewegungen notwendig.

Was die staatliche Integrationspolitik, und insbesondere die integrationspolitische Praxis in einigen Städten angeht, haben die Auseinandersetzungen mit bewegungspolitischen Akteur:innen und Forderungen im letzten Jahrzehnt immerhin einige Selbstverständlichkeiten und Privilegien in Frage gestellt. So werden Menschen mit Migrationsgeschichte und migrantische Bewegungen zunehmend als relevante Akteur:innen anerkannt und zumindest ein Stück weit angehört. Zudem sind postmigrantische Diskurse in gewisse staatliche Programme eingeflossen und haben bisherige Selbstverständnisse herausgefordert – was nicht zuletzt auch mit einer verstärkten Inklusion von Menschen mit Migrationsgeschichte in leitende Positionen innerhalb staatlicher Institutionen erklärt werden kann. Die Eidgenössische Migrationskom-

mission beispielsweise, bei der Menschen mit Migrationsgeschichte mitwirken, hat 2020 zu ihrem 50-jährigen Jubiläum ein Programm lanciert, das den Titel «Neues Wir» trägt und offensichtlich Impulse von INES aufgenommen hat. Darin werden «partizipative Projekte gefördert, die Diskurse, Bilder, Geschichten und Räume von ‹Wir und die Anderen› hinterfragen und Alternativen dazu entwickeln».¹⁴ Weiter kommt es insbesondere auf städtischer Ebene zu innovativen Formen der Kooperation zwischen Behörden (z. B. städtischen Integrationsbüros) und lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren und sozialen Bewegungen, wie das Beispiel der Einführung einer City Card in Zürich oder die Durchführung von Aktionswochen gegen Rassismus in Bern und anderen Städten zeigt. Städte lassen dabei Initiativen aus der Zivilgesellschaft finanzielle Ressourcen zukommen, schaffen vielfältige Partizipationsformen und tragen damit zu einer symbolischen Anerkennung der Arbeit von Grassroots-Initiativen bei.

Auch die professionelle Soziale Arbeit ist gefordert, sich viel stärker als bisher von Praktiken, Methoden und Diskursen migrationspolitischer und antirassistischer Bewegungen inspirieren zu lassen und einen kontinuierlichen Austausch anzustreben, was wohl am besten auf Quartier- oder Stadtebene gelingt. Die Soziale Arbeit kann hierzu Ermöglichungsräume schaffen – Räume der Teilhabe und Safe Spaces –, wozu vorhandene räumliche, personelle und materielle Ressourcen aus den Institutionen mobilisiert werden sollten. Dies kann auch dazu beitragen, marginalisierten Stimmen im öffentlichen Diskurs mehr Gehör zu verschaffen. Schliesslich muss, so die postkoloniale Theoretikerin Maria do Mar Castro Varela (2018, 19), die Soziale Arbeit die «[...] Herausforderung annehmen und einen ethischen Aktivismus beflügeln, der sich Regierungsdenken verweigert und stattdessen dekonstruktiv die eigene Disziplin, ihr Wissen und ihre Praxen zur Disposition stellt». Dies bedeutet auch eine Veränderung von Organisationskulturen, die Förderung selbstreflexiver Prozesse, die Thematisierung von Normalitätsvorstellungen, eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Position innerhalb der professionellen Praxis und der Gesellschaft und die Entwicklung einer (kollektiven) Haltung der Anerkennung und Ressourcenorientierung im Umgang mit Menschen mit Migrationsgeschichte.

Literaturverzeichnis

- Ataç Ilker, Stefanie Kron, Sarah Schilliger, Helge Schwiertz & Maurice Stierl. 2015. Struggles of Migration as In/Visible Politics. *movements. Journal for Critical Migration and Border Studies* 1(2).
- Baumann, Sarah. 2014. ... und es kamen auch Frauen. *Engagement italienischer Migrantinnen in Politik und Gesellschaft der Nachkriegsschweiz*. Zürich: Seismo Verlag.
- Bojadzije, Manuela. 2008. *Die windige Internationale. Rassismus und die Kämpfe der Migration*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Cardoso, Tatiana. 2021. In der Schweiz muss man Baby Steps machen. Interview von Corinne Riedener. *Saiten – Ostschweizer Kulturmagazin*, 11. Dezember 2021.
- Castro Varela, Maria do Mar. 2018. Das Leiden der Anderen betrachten. Flucht, Solidarität und Postkoloniale Soziale Arbeit. In Johanna Bröse/Stefan Faas/Barbara Stauber (Hrsg.), *Flucht* (S. 3–29). Wiesbaden: Springer.
- De Angelis, Massimo. 2017. *Omnia Sunt Communia. On the Commons and the Transformation to Postcapitalism*. London: Zed books.
- El-Mafaalani, Aladin. 2018. *Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt*. Köln: Kiepenhauer & Witsch.
- Espahangizi, Kijan. 2015. «Dieses Land ist auch unser Land!» (Interview von Jan Jirät). *Die Wochenzeitung*, Nr. 07/2015. <https://www.woz.ch/1507/migration-und-integration/dieses-land-ist-auch-unser-land>.
- Espahangizi, Kijan. 2021a. Ein Civil Rights Movement in der Schweiz? Das vergessene Erbe der Mitenand-Bewegung (1974–1990). In Institut Neue Schweiz (Hrsg.), *Handbuch Neue Schweiz* (S. 51–63). Zürich: Diaphanes.
- Espahangizi, Kijan. 2021b. The «Cultural Turn» of Postmigrant Conviviality. A Historical Case Study on Practices and Discourses of (Multi)Cultural Diversity in Switzerland, 1970s–1990s. In Lisa Gaupp, Giulia Pelillo-Hestermeyer (Eds.), *Diversity and Otherness. Transcultural Insights into Norms, Practices, Negotiations* (pp. 96–126). Berlin: De Gruyter.
- Espahangizi, Kijan. 2022. *Der Migration-Integration-Komplex. Wissenschaft und Politik in einem (Nicht-)Einwanderungsland, 1960–2010*. Konstanz: Konstanz University Press.
- Falk, Francesca. 2019. *Gender Innovation and Migration in Switzerland*. Cham: Palgrave.
- Foroutan, Naika. 2019. *Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie*. Bielefeld: Transcript.
- Hess, Sabine & Vassilis Tsianos. 2010. Ethnographische Grenzregimeanalyse. Eine Methodologie der Autonomie der Migration. In Sabine Hess & Bernd Kasperek (Hrsg.), *Grenzregime: Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa* (S. 243–264). Berlin: Assoziation A.
- INES (Hrsg.). 2021a. *Handbuch Neue Schweiz*. Zürich: Diaphanes.
- INES. 2021b. Gegenwart und Zukunft der neuen Schweiz – Citizenship in the Making. *INES Blog*, online: https://institutneueschweiz.ch/De/Blog/263/Gegenwart_und_Zukunft_der_Neuen_Schweiz_Citizenship_in_the_Making (25.08.2022).
- Isin, Engin F. 2009. Citizenship in flux: The figure of the activist citizen. *Subjectivity Issue* 29: 367–388.
- Jain, Rohit. 2018. *Kosmopolitische Pioniere. »InderInnen der zweiten Generation« aus der Schweiz zwischen Assimilation, Exotik und globaler Moderne*. Bielefeld: Transcript.
- Karakayali, Serhat. 2008. *Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland*. Bielefeld: Transcript.

- Koch, Philippe. 2018. Der emanzipatorische Horizont der Gemeindeautonomie: neuer Munizipalismus ohne die Schweiz? *Widerspruch* 71: 47–56.
- Köster-Eisenfunke, Anna, Clemens Reichold & Helge Schwiertz. 2014. Citizenship zwischen nationalem Status und aktivistischer Praxis. Eine Einführung. In Stefanie Kron, Sabine Hess, Lisa-Maria Heimeshoff, Helen Schwenken & Miriam Trzeciak (Hrsg.), *Grenzregime II. Migration, Kontrolle, Wissen. Transnationale Perspektiven* (S. 177–196). Bielefeld: Transcript.
- Kubaczek, Niki & Monika Mokre (Hrsg.): *Die Stadt als Stätte der Solidarität*. Wien: Transversal.
- Kurt, Stefanie, Christin Achermann, Lisa Marie Borelli & Luca Pfirter. 2020. «Zuwanderungs- und Aufenthaltssteuerung via Sozialhilfe?» *Blog nccr – on the move*. <https://blog.nccr-onthemove.ch/zuwanderungs-und-aufenthaltssteuerung-via-sozialhilfe/?lang=de> (07.07.2022).
- Niederberger, Josef Martin. 2004. *Ausgrenzen, Assimilieren, Integrieren: Die Entwicklung einer schweizerischen Integrationspolitik*. Zürich: Seismo Verlag.
- Piñero, Esteban. 2020. Integration im Kontext von Migration. In Jean-Michel Bonvin, Pascal Maeder, Carlo Knöpfel, Valérie Hugentobler & Ueli Tecklenburg (Hrsg.), *Wörterbuch der Schweizer Sozialpolitik* (S. 246–248). Zürich: Seismo Verlag.
- Schilliger, Sarah. 2018. Urban Citizenship: Teilhabe für alle – da wo wir leben. In Heidrun Aigner & Sarah Kumnig (Hrsg.), *STADT FÜR ALLE! Analysen und Aneignungen* (S. 14–35). Wien: Mandelbaum Verlag.
- Schilliger, Sarah. 2020. Challenging Who Counts as a Citizen. The Infrastructure of Solidarity Challenging Racial Profiling in Switzerland. *Citizenship Studies* 24(4): 530–547.
- Schilliger, Sarah. 2021. Solidarische Infrastrukturen gegen Racial Profiling. In Monika Mokre & Niki Kubaczek (Hrsg.), *Die Stadt als Stätte der Solidarität* (S. 229–253). Wien: Transversal.
- Schilliger, Sarah, Alexandra Büchler & Florian Weber. 2022. Vorstudie City Card Bern. Grundlagen für die Realisierung einer City Card Bern. Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen (FMR). www.bern.ch/politik-und-verwaltung/stadtverwaltung/bss/fachstelle-fuer-migrations-und-rassismusfragen/angebote-fur-fach-und-schlusselformen/urban-citizenship-und-city-card (25.08.2022).
- Schwiertz, Helge. 2021. Political Subjectivation and the In/visible Politics of Migrant Youth Organizing in Germany and the United States. *International Political Sociology*, 15(3): 397–414.
- Taghiyeva, Tahmina. 2020. Mitbestimmung soll nicht die Belohnung für gute Integration sein. *Wir alle sind Bern*, <https://wirallesindbern.ch/2020/11/30/interview-mit-tahmina-tagizade-mitbestimmung-soll-nicht-die-belohnung-fuer-eine-gute-integration-sein/> (25.08.2022).
- Terkessidis, Mark. 2008. Das Haus umbauen. *Hinterland Magazin, Schwerpunkt: Integration*: 18–23.
- Tsianos, Vassilis & Bernd Kasperek. 2015. Zur Krise des europäischen Grenzregimes: eine regimetheoretische Annäherung. *Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* 35(138): 9–22.
- Wir alle sind Bern. 2017. Urban Citizens Unite! Für ein Solidarisches Bern. *Manifest von Wir alle sind Bern*, <https://wirallesindbern.ch/wp-content/uploads/2017/12/Manifest.pdf> (25.08.2022).

Sarah Schilliger, Dr., ist Senior Researcher am Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung (IZFG) der Universität Bern. Aktuell forscht sie zu solidarischen/sorgenden Städten und zu Aushandlungen um Teilhabe und soziale Rechte im Kontext von temporärer bzw. irregulärer Migration. Ihre eigene Perspektive auf Migration und Rassismus ist geprägt von Verstrickungen in verschiedene solidarische Bewegungen für Bewegungsfreiheit und für die Rechte von Sans-Papiers.

Rebekka Sieber, Dr. phil., Geschäftsleiterin des Vereins Familienbegleitung Freiburg (Association pour l'Education Familiale). Sie hat langjährige Erfahrung im Feld der Familienarbeit und Diversität im Frühbereich. Im Rahmen der Direktionsarbeit ist sie konkret mit den Implikationen der Integrationspolitik für die soziale Arbeit im Frühbereich konfrontiert.

Peter Streckeisen ist Professor am Departement Soziale Arbeit der ZHAW und Privatdozent für Soziologie an der Universität Basel. Er ist schweizerischer Binnenmigrant und hat sich noch nicht systematisch mit den ausländischen Herkunftslinien seiner Familie befasst. Seit einigen Jahren arbeitet er an differenz- und kulturtheoretisch angeregten Weiterentwicklungen seines zunächst auf einem unreflektierten methodologischen Nationalismus beruhenden soziologischen Repertoires.

Margot Vogel Campanello, Dr. phil., ist wissenschaftliche Oberassistentin am Institut für Erziehungswissenschaft/ Lehrstuhl Sozialpädagogik der Universität Zürich und war Projektleiterin an der HSLU Soziale Arbeit in Luzern. Sie leitete zusammen mit Dr. Susanna Niehaus im Rahmen des NFP 76 das Projekt «Fürsorgepraxis bei Kindesvernachlässigung. Rekonstruktion und Analyse der Diskurse zu Familie, Erziehung und Mutterschaft». Ihre Forschungsschwerpunkte sind in den Bereichen Kinderschutz, Familie, Prekarität/ Armut und Rechtsextremismus.

Berihun Wagaw ist Wissenschaftlicher Assistent am Institut Sozialplanung, Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung der Hochschule für Soziale Arbeit FHNW. Er hat einen MA in politischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Philosophie der Universität Bern. Seit Januar 2020 beschäftigt er sich wissenschaftlich mit der Integration von geflüchteten Menschen und der Rolle von Nachbarschaften. Er beforscht, welche Rolle Quartierstrukturen bei der Integration von Geflüchteten spielen.

Fachpersonen der Sozialen Arbeit gehören zu den wichtigsten Akteur:innen in der Integrationsarbeit mit Zugewanderten. In diesem Feld sind vielfältige neue Aufgabenbereiche entstanden, die von ausländer- und asylrechtlichen Vorgaben stark überformt werden. Integrationsarbeit ist dadurch äusserst anforderungsreich geworden. In diesem politisch sensiblen, zuweilen auch widersprüchlichen Handlungsfeld muss sich Soziale Arbeit unter Wahrung ihres professionellen Ethos und ihrer fachlichen Maximen positionieren.

Wie verhält sie sich gegenüber gesellschaftlichen Diskursen über Migration, Integration, Mobilität und Flucht? Welche Rolle spielt die Soziale Arbeit bei der Umsetzung der Integrationspolitik? Welche Stossrichtung verfolgt sie im Spannungsfeld zwischen Menschenrechten und zunehmend restriktiven Integrations- und Migrationsgesetzen? Der Sammelband bietet eine fundierte Orientierung zu rechtlich-politischen Zusammenhängen und leuchtet zentrale Begriffe aus, er unterzieht Theorien und Konzepte einer kritischen Diskussion und vertieft verschiedene Praxisfelder der migrations- und flüchtlingsbezogenen sozialarbeiterischen Integrationsarbeit.

Esteban Piñeiro ist Professor am Institut Sozialplanung, Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung (ISOS) der Hochschule für Soziale Arbeit, Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW.

Stefanie Kurt ist Professorin am Institut für Soziale Arbeit, Hochschule und Höhere Fachschule für Soziale Arbeit Wallis. Sie ist Projektleiterin im Nationalen Forschungsschwerpunkt [NFS] nccr – on the move.

Eva Mey ist Professorin am Institut für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW (Departement Soziale Arbeit) und Projektleiterin im Nationalen Forschungsschwerpunkt [NFS] nccr – on the move.

Peter Streckeisen ist Professor am Institut für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW (Departement Soziale Arbeit) sowie Privatdozent für Soziologie an der Universität Basel.

ISBN 978-3-03777-278-2



9 783037 772782